

## **Volksinitiative zur Einführung der direkten Bundessteuer**

Die Unterschriftenbogen kommen zur rechten Zeit. Zu den 700 Millionen Schulden unseres kleines Landes infolge des Weltkrieges ist jüngst ein weiteres Anleihen von 100 Millionen Franken gekommen. Während die Schulden wachsen, bereichern sich die Kapitalisten, die Banken schwimmen im Geld, die Grossbauern schmunzeln. Die geriebenen Lebensmittelhamster haben ihre beuten Zeiten. Die Geldmenschen leben herrlich und in Freuden. Erst jetzt fühlen sie so recht ihre Erhabenheit über die besitzlosen Klassen. Schon ihre Mienen verraten uns das.

Drunten im Volke aber wird es immer dunkler. Der heranschleichende Hunger wirft seine Schatten. In den kinderreichen Familien fehlen Kleider, Schuhe, Heizmaterial. Der Verdienst langt kaum für das sogenannte Essen und den Zins für das Wohnen auf unserer patriotischen Erde, derweil die wahnsinnig gewordenen Staatenlenker täglich ungeheure Mengen von Werten, Kultur- und Lebensmitteln in den Grund der Meere versenken lassen und Milliarde um Milliarde „gezeichnet“ wird, um Europa das Grab zu schaufeln.

Die Behörden unseres Landes haben schwere Aufgaben zu lösen in bezug auf die Ernährung des Volkes. Aber noch eine andere grosse Sorge, die Sorge um im die Finanzreform des Landes, steht drohend vor der Tür. Sie muss endlich in die Wege geleitet werden. Von ihrer Lösung hängt die Zukunft von Land und Volk ab. Unsere herrschende politische Partei fürchtet sich vor positiven Schritten. Sie will den breiten Volksmassen indirekte Steuern in kleinen Dosen servieren, um dem Bunde die Mittel zu verschaffen, seine Schulden zu amortisieren. Und welche Mittel brauchen wir? Eine gewaltige Summe, jährlich 50 Millionen Franken mehr als bisher! Man verschrieb uns die Erhöhung der Post-, Telephon- und Telegraphengebühren. Man will 16 Millionen aus der Erhöhung der Eisenbahnbillete herausgewinnen. Man halste uns die doppelte Militärsteuer auf und will es nun mit einer ganzen Reihe neuer, indirekter Steuern versuchen, das finanzielle Gleichgewicht des Bundes herzustellen: Stempelsteuer, Erhöhung der Militärsteuer, Tabaksteuer, Biersteuer, Erhöhung der Zölle usw. Die bürgerlichen Parteien sind einig |n dem Bestreben, die finanziellen Lasten auf die besitzlosen Massen abzuwälzen.

Diesen Tendenzen tritt die Initiative für die Erhebung einer direkten, progressiven Bundessteuer entgegen. Sie will die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zum Mass der Steuer erheben, die großen Vermögen und Einkommen treffen, während Reinvermögen unter Fr. 20'000.- und Einkommen unter Fr. 5'000.- steuerfrei sein sollen. Der Nachlass der Bundessteuerpflichtigen soll der amtlichen Inventarisaton unterliegen. Ein Zehntel des Steuerertrages soll den Kantonen zufallen.

Recht so! Nur die direkte Bundessteuer kann und wird dem Bunde die Mittel bringen, womit er den an ihn gestellten grossen Anforderungen gerecht werden kann. Die sozialdemokratische Partei erklärt mit Recht, dass sie bei der Bundesfinanzreform nicht mitmachen könne, wenn nicht die direkte Bundessteuer – als deren Fundament gesichert werde.

Für die Gewerkschafter ist die Meinung in dieser Frage längst gemacht. Wir haben ein eminentes Interesse daran, dass unsere Lebenshaltung, die auch nach dem Kriege noch lange unter aller Kritik stehen wird, durch neue indirekte Steuern nicht noch mehr verschlechtert wird.

Jeder Schweizer Arbeiter setze seinen Namen auf die Unterschriftenbogen und mache seine Kameraden, besonders die Nichtorganisierten, auf die Wichtigkeit der Sache aufmerksam.

Strassenbahner-Zeitung, 1917-03-23.

Strassenbahner-Zeitung > Bundessteuer. 1917-03-23.doc.